

Alemann, Ulrich von/Morlok, Martin/Roßner, Sebastian (Hg.): *Politische Parteien in Frankreich und Deutschland. Späte Kinder des Verfassungsstaates*, Baden-Baden: Nomos, 2015, 201 S.

In den Parteiensystemen Deutschlands und Frankreichs vollziehen sich derzeit tiefgreifende Veränderungen. Sie dürften schon recht bald ‚tektonische‘ Ausmaße annehmen: Nach langen Jahrzehnten grundsätzlicher ‚Bipolarität‘ könnte sich in Frankreich spätestens nach den nationalen Wahlen im Jahre 2017 (Präsidentschaft, Nationalversammlung) endgültig ein *système tripartite* etablieren – mit unabsehbaren Folgen für Politik und Mehrheitsbildung im Regierungssystem der V. Republik. Auch in Deutschland stehen die seit Jahrzehnten gewohnten Mechanismen der Koalitions- und Mehrheitsbildung grundsätzlich zur Debatte: In einem derzeit äußerst ‚volatilen‘ Sechsparteiensystem verlieren die bisherigen Volksparteien auf rasante Weise ihre Bindungskraft. Häufig reichen die früher dominierenden Zweierkoalitionen zur parlamentarischen Mehrheitsbildung bereits jetzt nicht mehr aus. Es kommt v. a. in den deutschen Ländern zu einem mehr oder weniger unüberschaubaren ‚Sammelsurium‘ von Koalitionsvarianten. Von diesen ‚tektonischen‘ Verschiebungen in den beiden Ländern ist im vorliegenden Band so gut wie keine Rede: Die Beiträge und die im Buch dokumentierten Diskussionsrunden gehen auf eine Tagung zurück, die im Oktober 2008 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf veranstaltet wurde. Dass die Veröffentlichung aus dem Jahr 2015 stammt, obwohl sie vom Verlag bereits im Jahr 2011 erstmals angekündigt worden war, ist deshalb wenig nachvollziehbar. Noch weniger nachvollziehbar ist, dass diese große zeitliche Distanz zum Zeitpunkt der Tagung von den Herausgebern nicht thematisiert und problematisiert wird. Eine entsprechende Einordnung wäre v. a. zur Bewertung der aktuellen Relevanz von Beiträgen und Aussagen unabdingbar gewesen. Somit hat die Publikation – zumindest in Teilen – ein veritables Aktualitätsproblem, mit dem die interessierten Leserinnen und Leser insgesamt etwas ratlos zurückgelassen werden. Einige Beiträge dürften wegen ihres historischen Schwerpunktes gewiss in weiten Teilen dennoch ihren Wert behalten haben. Dazu zählen sicherlich die beiden ebenso spannenden wie kompetenten Beiträge in vergleichender Perspektive, mit denen die beiden französischen Rechtswissenschaftler Armel Le Divellec (zur Geschichte der verfassungsrechtlichen Verankerung der Parteien in beiden Ländern, vgl. S. 13 ff.) und Yves-Marie Doublet (Rechtsvergleich im Hinblick auf die Parteiensysteme, vgl. S. 49 ff.) die Tagung und die Diskussionen eröffnet hatten. Zu dieser Kategorie darf man sicherlich auch den Vortrag des Münchner Politikwissenschaftlers Michael Koß zählen, der den äußerst instruktiven komparativen Faden mit einem Beitrag über die in beiden Ländern gleichermaßen heikle und historisch folgenreiche Frage der Parteienfinanzierung wieder aufnimmt. Koß geht in

diesem Kontext u. a. der Frage nach, ob und inwieweit hier ein Zusammenhang mit der Dominanz unterschiedlicher Funktionen der deutschen und französischen Parteien im jeweiligen politischen System besteht (vgl. S. 133 ff.). Auch die große historische Skizze des emeritierten Heidelberger „Nestors“ der deutschen Politikwissenschaft¹, Klaus von Beyme, dürfte in wichtigen Teilen und trotz der zeitlichen Distanz noch Bestand haben (vgl. S. 93 ff.). Warum aber hat man von Beyme, einen der seit Jahrzehnten international renommiertesten Vertreter der vergleichenden Politikanalyse², ausschließlich über die Funktionen der Parteien im politischen System der *Bundesrepublik* referieren lassen? Wo bleibt entsprechend der ausführliche, systematische und gerade für Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler überaus wichtige diesbezügliche *Vergleich* mit Frankreich? Abgesehen von vereinzelt eingestreuten Hinweisen, die u. a. Klaus von Beyme selbst gibt (vgl. z. B. S. 98, S. 109 f.), tauchen Elemente zu dieser Frage (strukturelle und funktionale Unterschiede zwischen den Parteien in Deutschland und Frankreich) leider nur *en passant* bzw. themenabhängig hauptsächlich in den Beiträgen von Doublet und Koß auf (vgl. S. 67 ff., S. 133 ff.). Trotz des erwähnten Aktualitätsproblems bietet die Publikation mit ihrer Verknüpfung von historischem und komparativem Ansatz an vielen Stellen gerade auch für Kulturwissenschaftlerinnen und Kulturwissenschaftler überraschende Perspektiven: Zahlreiche Hinweise ergeben sich in (fast) allen Beiträgen (Referate und Diskussionen) auf die unter Umständen sehr unterschiedlichen kulturellen Fundamente von Politik und Recht in Deutschland und Frankreich. Und diese reichen in ihren Ursprüngen selbstverständlich viel weiter zurück als bis zu den konkreten Anlässen, die als Grund für die Tagung mit vergleichender Perspektive im Jahre 2008 genannt werden: dem damals bevorstehenden 60. Jahrestag der Verkündung des deutschen Grundgesetzes (1949) und dem 50. Jahrestag der Begründung der französischen V. Republik (1958). Beide Ereignisse haben demnächst (2018/2019) wieder einen „runden Geburtstag“. Wäre dies nicht ein ausgezeichnete Anlass das o. a. Aktualitätsmanko und gewisse deutsch-französische „Asymmetrien“, die den vorliegenden Band in Teilen kennzeichnen, „zu heilen“?

Gregor Halmes, Saarbrücken

1 Eckhard Jesse in der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ), 30. März 2016, S. 7.

2 Vgl. Jun, Uwe/Zimmer, Klaus: Klaus von Beyme (geboren 1934), in: Jesse, Eckhard/Liebold, Sebastian (Hg.): *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin*, Baden-Baden: Nomos, 2014, S. 117; Klaus von Beyme: *Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010. Schon 1982 hatte von Beyme auch zum o. a. Themenkomplex bereits einen Band publiziert: von Beyme, Klaus: *Parteien in westlichen Demokratien*, München: Piper, 1982.